

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

OCP

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

S-E-C-R-E-T

25X1

ESSING COPY

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Council of Ministers Decree Governing the Development of the Power Industry in East Germany (figures given for expected coal production in furtherance of decree)

DATE DISTR. 19 NOV 1957

NO. PAGES

1

REQUIREMENT NO.

REFERENCES

25X1

DATE OF INFO.

PLACE & DATE ACQ

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE

[redacted] a decree of the East German Council of Ministers, signed by Fritz Selbmann, concerning the measures to be taken to insure the long range development of the power industry in East Germany. (6 pages in German).

[redacted] Comment. The material is submitted as received. It is regretted that the prints are inferior.

25X1

25X1

S-E-C-R-E-T

25X1

OCP

STATE	X	ARMY	X	NAVY	X	AIR	X	FBI		AEC									
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)																			

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates

Fritz Hoffmann

Verfügung Nr. 40/57

zur Durchführung des Ministerratsbeschlusses über die Festlegung der Perspektiven
und über Maßnahmen zur Sicherung der Entwicklung der Energiewirtschaft der DDR.

Vom 26. März 1957.

Die weitere Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft der Republik hängt wesentlich von einer entsprechenden Steigerung der Kohleförderung und der Elektroenergieerzeugung ab. Die Sicherung der energetischen Basis unserer Volkswirtschaft muß unter den gegebenen Umständen in der Hauptsache aus eigener Kraft erfolgen. Dazu hat der Ministerrat am 21. März 1957 ein umfassendes Programm beschlossen, das auf folgende Hauptziele gerichtet ist:

Die Steinkohlenförderung soll von 2,736 Mio t im Jahre 1957 auf 2,960 Mio t im Jahre 1960 gesteigert werden. Für die Abraumabhebung im Braunkohlenbergbau ist folgende Entwicklung vorgesehen:

1957	500 Mio m ³
1960	762 Mio m ³
1962	800 Mio m ³

Die Förderung von Rohkohle ist wie folgt zu entwickeln:

1957	216,0 Mio t
1960	248,0 Mio t
1962	268,0 Mio t

Die Erzeugung von Steinkohle ist von 15,5 Mio t im Jahre 1957 auf 19,7 Mio t im Jahre 1960 zu steigern.

Für die Produktion von Braunkohlenbriketts ist nachstehende Entwicklung festgelegt:

1957	55,7 Mio t
1960	57,6 Mio t
1962	59,7 Mio t

Zur Erreichung dieser Produktionsziele ist in dem Ministerratsbeschluss vom 21. März 1957 der Neuausbau weiterer Tagebaue vorgesehen, und zwar:

im Revier Borna
der Tagebaue Haselbach, Phönix-Nord, Borna-Ost, Mittitz, Lützenau, Demsen,

im Revier Halle
der Tagebaue Amadorf, Brückdorf-Nord, Mühlenteich-West, Muldenstein-Nord, GutsMuths-Nord,

im Revier Senftenberg
der Tagebaue Piesse-Losch, Franz Mühlberg-West, Blum, Burghammer, Schenkendorf, Seese und Trebendorf.

Zugleich ist die Kapazität für die Brikettierung durch den Neubau bzw. die Erweiterung mehrerer Brikettfabriken zu sichern. Dabei handelt es sich um die Brikettfabriken Sonne, Regie und Großbecken sowie das Kombinat „Schwarze Pumpe“.

Die Erzeugung von elektrischer Energie, gemessen in elektrischer Arbeit, soll

Durch Schaffung neuer Kraftwerke um
Leistungswachse

von 545 MW im Jahre 1957	
• 283 MW	• 1960
• 710 MW	• 1962
• 690 MW	• 1965

zu sichern

Der Gesamtanwuchs im ersten Fünfjahresplan ist mit 1.551 MW festgelegt.

Zu diesem Ministerrat bestätigten Investitionsplan haben die Elektroenergie in den Jahren 1957 bis 1960 folgende Entwicklung zu erwarten:

die Kraftwerke Lützenau I und II mit	500 MW
das Kraftwerk Borsdorf mit	300 MW
das Kraftwerk Trebbendorf I mit	300 MW
das Pumpspeicherkraftwerk Niederwartha mit	120 MW
das Pumpspeicherkraftwerk Hohenwartha mit	30 MW

Als grundsätzliche Aufgaben legt der Beschluss des Ministerrates fest:

1. Für das Kohle- und Energieprogramm sind langfristige Investitionspläne aufzustellen, die durch die einzelnen Jahrespläne nicht verändert werden dürfen. Dadurch soll die Kontinuität der Investitionen und der Fertigung im Maschinenbau und im Bauwesen erreicht werden.
2. Die Realisierung des durch den Ministerratsbeschluss festgelegten Programms der Investitionen wie auch der Generierungsurpläne erfordert ihre Vorrangigkeit vor allen anderen wirtschaftlichen Aufgaben im Zusammenhang mit der Annahme des Beschlusses über das Kohle- und Energieprogramm hat der Rat der Minister eine Verordnung zur Sicherung der Realisierung der Investitions- und der Generierungsurpläne der Energiewirtschaft und der Kohlenindustrie erlassen.
3. Um einen höchstmöglichen Stand der Produktivität der Arbeit in der Kohlenindustrie und in der Energieerzeugung zu erreichen und zugleich die Stellung dieser Industriezweige innerhalb der Volkswirtschaft zu verbessern, enthält der Beschluss Grundlinien zur besseren Durchführung des Prinzips der wirtschaftlichen Interessentheit, z. B. durch die Gewährung von Förderprämien in der Steinkohle und von Prämien für die ordnungsgemäße Briedigung von Monetaufträgen im Braunkohlenbergbau.
4. Um den wachsenden Bedarf der Industrie, der Landwirtschaft und der Bevölkerung an Elektrizität in den Spitzenzeiten zu sichern,

erkannt und behandelt werden. Das gilt insbesondere für die Kooperation der anderen Industriezweige mit dem Kohlenbergbau und der Energiewirtschaft. Zur Durchführung des Beschlusses des Ministerrats vom 21. März 1957 verfügte ich hiermit folgendes:

A. Kohle

I.

(1) Zur Erreichung der geplanten Förderung von Ruhrkohle ist die reine Baggerzeit der Großgeräte bis zum Jahre 1962 gegenüber dem Jahre 1956 bei den Abraumgeräten um durchschnittlich 22 % und bei den Kohlegeräten um durchschnittlich 15 % zu steigern. Jeder Tagebauleiter hat für seinen Tagebau festzulegen, wie die Erhöhung der reinen Baggerzeit erreicht wird (z. B. Beseitigung der Disproportionen durch Anlegen von Reservekippen, Verringerung des Reparaturstandes, Umbau der Gleis- und Sicherungsanlagen zur Erreichung eines längeren Fahrspiels, planmäßige Instandhaltung der Gleise).

(2) Die Revierleiter haben zu veranlassen, daß die Tagebauleiter bis zum 30. Juni 1957 entsprechende Maßnahmen aufstellen. Jeder Revierleiter hat dabei persönlich mitzuwirken.

(3) Der Leiter der Hauptverwaltung Braunkohle hat die getroffenen Maßnahmen zu überprüfen, diese Pläne auszuführen, ihre Durchführung zu kontrollieren und dem Minister für Kohle und Energie bis zum 31. Juli 1957 einen Bericht vorzulegen.

II.

(1) Zur Erhöhung des Grades der Geräteausnutzung sind die Hauptmechaniker der Betriebe und der Revierleitungen die Reparatursysteme weiter zu verbessern, um zu erreichen, daß die Ausfälle an den Geräten durch mechanische und elektrische Störungen in der Regel nicht mehr als 6,5 % betragen. Der Anteil der Ausfallzeiten durch Plan- und Generalreparaturen darf künftig 10 % der Kalenderzeit nicht überschreiten. Die Einhaltung dieser Zeiten ist hauptsächlich durch vorbeugende Planreparaturen, laufende Wartung der Hauptteile der Geräte, gesteuerte Verbesserung der Wartungsarbeit und Anwendung der Schnellreparaturmethode zu sichern.

(2) Zur weiteren Verbesserung der Geräteausnutzung sind die Hauptmechaniker der Betriebe den Reparaturstand des rollenden Materials regelmäßig zu überprüfen. Die Höchststände für die Reparaturen des rollenden Materials dürfen 7 % für Kohlewagen, 10 % für Abraumwagen und 11 % für E-Loks nicht überschreiten.

(3) Die Hauptmechaniker der Revierleitungen und der Hauptverwaltung Braunkohle haben die Reparaturstände des Großgeräts und des rollenden Materials regelmäßig zu kontrollieren. Zeigen sich besonders hohe Überschreitungen der angegebenen Höchststände, haben die Hauptmechaniker zweckdienliche Maßnahmen zur Beseitigung dieser Mißstände zu treffen. Der Hauptmechaniker der Hauptverwaltung Braunkohle hat dem Minister für Kohle und Energie am 10. eines jeden Monats einen zusammengefaßten Bericht über den Reparaturstand der Großgeräte vorzulegen.

III.

(1) Der Leiter der Hauptverwaltung Braunkohle wird beauftragt, im April 1957 als Beispiel einen sogenannten Tag der Gleisinventur in dem Braunkohlenwerk Grafenhain durchzuführen und dadurch das Muster für eine systematische Gleisunterhaltung zu

1957 auf die anderen ihm unterstellten Betriebe zu übertragen.

(2) Um den Arbeitskräftemangel in den Gleisarbeiten auszugleichen, hat der Leiter der Hauptverwaltung Braunkohle für die Beschaffung der zur Mechanisierung der Gleisbau- und Gleisunterhaltungsarbeiten erforderlichen Geräte zu sorgen. Dabei ist insbesondere die Beschaffung der nachstehend aufgeführten Geräte zu sichern:

Gleisbaumaschinen,
Eisenbahnen,
Planenstraßen,
Grabenfräsen,
Eisenbahnen,
Eisenbahnen (Eisenbahnen)

(3) Die Werkleiter sind für den vollen Einsatz der ihnen zur Verfügung gestellten Geräte verantwortlich und haben ihren Revierleitern über die mit den Geräten gemachten Erfahrungen sowie über die durch die Geräte verursachten Schäden zu berichten. Die Revierleiter haben den Einsatz der neuen Geräte zu überwachen, die Erfahrungen zu sammeln und die Ergebnisse der Hauptverwaltung Braunkohle mitzuteilen.

IV.

Der Minister für Kohle und Energie hat zu veranlassen, daß:

a) auch in diesem Jahre im VEB Braunkohlenwerk Blumberg und (b) auch im VEB Braunkohlenwerk Blumberg ein zentraler Materiallager eingerichtet wird und weitere Lager dieser Art auch in den Revieren Halle und Senftenberg nach im Laufe des Jahres geschaffen werden.

c) im Stahl- und Hüttenwerk Bitterfeld ein zentraler Materiallager für die wichtigsten Hauptversandteile bis zum Ende des Jahres 1957 eingerichtet wird.

V.

(1) Um die Steigerung der Siebkohlenförderung auf 10,7 Millionen t im Jahre 1960 zu erreichen, haben die Werkleiter der Braunkohlenwerke Maßnahmen zu treffen, welche die volle Ausnutzung der bestehenden Siebanlagen gewährleisten, und bis zum 30. Juni 1957 Vorschläge zu machen, durch welche Um- oder Erweiterungsbauten eine Erhöhung der Siebkohlenproduktion erreicht werden kann. Diese Vorschläge müssen Angaben über Kapazitätswachstum, Kosten und Materialbedarf enthalten.

(2) Der Leiter der Revierleitung Senftenberg hat dafür zu sorgen, daß mit dem Bau der zentralen Verlade- und Siebanlage Blumberg noch im Jahre 1957 begonnen wird, damit die Siebkohlenproduktion ab 1959 aufgenommen werden kann.

(3) Der Leiter der Hauptverwaltung Braunkohle hat die Vorschläge der Werkleiter zu prüfen und dem Minister für Kohle und Energie bis zum 31. Juli 1957 einen Plan zur Erhöhung der Siebkohlenproduktion vorzulegen.

VI.

(1) Der Generalprojektor für das Kombinat „Schwarze Pumpe“ hat in Zusammenarbeit mit der Aufbauleitung „Schwarze Pumpe“ und der Hauptverwaltung Braunkohle bis zum 30. Juni 1957 einen Plan auszuarbeiten, wie die im Ministerratsschluß vom 21. 3. 57 festgelegten drei Baustufen zu realisieren sind.

Die in diesen Plänen festgelegten Maßnahmen und Termine sind demnach gewährleistet, daß die erste Baustufe der Selbstversorgung „Schwarze Pumpe“ für 1959 und Folgejahre zu rechtzeitig fertiggestellt wird, daß im Jahre

1959 500 000 t Braunkohlenbräute
1960 2 100 000 t
1961 3 100 000 t

als Warenproduktion zur Verfügung stehen.

(2) Die nach Absatz 1 aufzustellenden Pläne sind dem Minister für Kohle und Energie bis zum 31. Juli 1957 zur Entscheidung vorzulegen. Vor seiner Entscheidung hat der Minister für Kohle und Energie eine Beratung mit dem Sonderbeauftragten der Regierung und den Beauftragten der Ministerien für das Volkswirtschaftswissenschaftliche Grundrissstudium, dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft zu richten. Die beschriebene Inanspruchnahme ist auch mit dem Rat des Rates des Rates abzustimmen.

(3) Die vom Minister für Kohle und Energie aufgestellten Pläne sind als Grundlage des Aufbaus des für alle beteiligten Ministerien verbindlich.

(4) Der Leiter der Aufbauleitung „Schwarze Pumpe“ hat insbesondere dafür zu sorgen, daß die zur Einhaltung der Inbetriebnahmeterminen der ersten Baustufe erforderlichen Verträge über die Lieferung der nachstehend aufgeführten Hauptausrüstungen rechtzeitig geschlossen werden.

Hauptausrüstungen	1959	1960	1961
Zentr. Aggregate	30	30	
Stab-Aggregate	10	10	
Trockner 6000 m ³	10	0	0
Elektromotoren			
Stützbohranlagen	10	0	15
Brillengewinne 4x8	10	10	0
Kessel 200 t/h	0		
Turbo-			
Aggregate 50 MW	1	2	
Turbo-			
Aggregate 50 MW	2	2	

(5) Verbindliche Liefertermine für den Abschluß der in Absatz 4 genannten Verträge sind:

für 1959 der 31. Juli 1957,
für 1960 der 31. Juli 1957,
für 1961 der 31. Januar 1958.

(6) Über den Stand der Vorbereitung und den Abschluß dieser Verträge hat der Leiter der Aufbauleitung „Schwarze Pumpe“ dem Minister für Kohle und Energie ab 1. März 1957 monatlich einen Fortschrittsbericht vorzulegen.

VII.

Der Minister für Kohle und Energie hat die Werkleiter der Braunkohlenwerke anzuweisen, bei sämtlichen Investitionsmaßnahmen ihrer Betriebe unter Anlegung eines strengen Maßstabes zu prüfen, ob und in welchem Umfang sich Investitionsmittel einsparen lassen. Das Ergebnis ist dem zuständigen Revierleiter unverzüglich mitzuteilen. Jeder Revierleiter hat diese Überprüfung in zwei Schwerpunktbetrieben seines Reviers persönlich durchzuführen. Der Revierleiter hat die Ergebnisse der Überprüfung dem Minister für Kohle und Energie bis zum 31. März 1957 monatlich zu berichten.

VIII.

Die Revierleitung hat einen Kassenplan und einen Selbstversorgungsplan bis zum Jahre 1961 aufzustellen, in dem der Übergang von selbstem zu selbstem Kohle aus den Tagebauaufbereitungen mit der Lieferung der Kaufwerte in den Leuna-Werke abgestimmt ist. Dieser Plan ist dem Minister für Kohle und Energie bis zum 31. März 1957 vorzulegen.

Die Grundlage dieses Planes haben die Revierleiter der Braunkohlen- und der Hauptwerke zu legen. Die erforderlichen Maßnahmen für die Ausführung von den beteiligten Ministerien ist dem Minister für Kohle und Energie bis zum 31. März 1957 vorzulegen.

IX.

Der Minister für Kohle und Energie hat mit dem Minister für allgemeinen Maschinenbau und für allgemeine Maschinenbau bis Ende April 1957 globale Lieferverträge über die Lieferung der wichtigsten Armaturen, Ventile und Regler sowie Kleinventile bis Ende April 1957 abzuschließen und, soweit Betriebe der örtlichen Wirtschaft als Lieferant in Betracht kommen, zum gleichen Zeitpunkt eine entsprechende Vereinbarung mit dem Staatsrat für örtliche Wirtschaft zu treffen.

(2) Soweit es sich danach als erforderlich erweist, hat der Minister für Kohle und Energie Verhandlungen mit dem Minister für Außenhandel und Innerdeutsches Handel über die Einfuhr des restlichen Materials zu führen.

(3) Der Minister für Berg- und Hüttenwesen hat darauf hinzuwirken, daß die erforderlichen Lieferverträge zwischen den ihm unterstellten Lieferbetrieben und den beteiligten Bergbau-, Maschinenbau- und Bergbau-Vertriebsbetrieben bis Ende April 1957 geschlossen werden.

(4) Um die rechtzeitige Lieferung des Materials an die beteiligten Betriebe der örtlichen Wirtschaft zu sichern, hat der Minister für Berg- und Hüttenwesen eine entsprechende Abstimmung mit dem Staatsrat für örtliche Wirtschaft herbeizuführen, die den Abschluß dieser Lieferverträge bis zum 30. April 1957 gewährleistet.

X.

Der Minister für Kohle und Energie und der Minister für allgemeinen Maschinenbau haben durch Abschluß einer globalen Vereinbarung die notwendigen Festlegungen über die Aufnahme der Entwicklung und den Bau von Geräten zur Kleinmechanisierung, besonders von Schwellenauswechselgeräten, Handbohrern, Gleithebern, Gleitbohrern, Schleifbohrmaschinen, Schraubmaschinen, Schleifmaschinen, Eingewandigen Bandagiermaschinen und Schleifen-Verfahrensmaschinen bis zum 30. Juni 1957 zu treffen. Eine entsprechende Vereinbarung hat der Minister für Kohle und Energie bis zum gleichen Zeitpunkt mit dem Staatsrat für örtliche Wirtschaft herbeizuführen.

XI.

Über die Anwendung des Monatsarbeitsauftrages im Sinne des Ministerialbeschlusses vom 1. März 1957 im Bereich der Hauptverwaltung der Kohlebetriebe hat der Minister für Kohle und Energie bis zum 31. März 1957 zu berichten.

gabe dem Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr zur Bestätigung vorzulegen.

XII.

(1) Bei der Leitung der Hauptverwaltung Braunkohle ist ein Kontrollstab zu bilden, der die Durchführung des Kohleprogramms zu sichern hat.

(2) Der Minister für Kohle und Energie hat spätestens im Juni 1957 eine die Funktion des Kontrollstabes bei der Realisierung des Kohleprogramms regelnde Anordnung zu erlassen, wobei die Anordnung vom 21. März 1956 über die Vorbereitung und Durchführung des Energieprogramms und die mit der Anwendung dieser Anordnung gemachten Erfahrungen als Beispiel dienen können und auszuwerten sind.

(3) Zwecks Überwachung der Erfüllung der ihnen aus dem Kohlegeräteprogramm obliegenden Aufgaben haben sämtliche beteiligten Ministerien ab sofort genaue Produktions- und Lieferprognosen zu führen.

(4) Die Minister für Schwermaschinenbau, für Allgemeinen Maschinenbau, für Berg- und Hüttenwesen, für Aufbau und für Verkehrswesen haben unverzüglich Sonderbeauftragte für das Kohleprogramm einzusetzen und dem Minister für Kohle und Energie zu benennen. Die Vorsitzenden der Räte der Bezirke, die an der Durchführung des Kohleprogramms beteiligt sind, werden aufzufordern, in gleicher Weise zu verfahren.

(5) Dem Staatssekretär für Örtliche Wirtschaft wird empfohlen, kurzfristig eine Beratung mit den leitenden Vertretern der Industrie- und Handelskammer und der Gewerkschaften durchzuführen, um durch Festlegung konkreter Maßnahmen zu gewährleisten, daß bei der Realisierung des Kohleprogramms die Interessen der Industrie- und Handwerksbetriebe hinsichtlich ihrer Verpflichtungen rechtzeitig und einwandfrei erfüllt werden.

B.

Elektroenergie

XIII.

(1) Die im Energieprogramm beteiligten Minister haben die Anweisung mit der Staatlichen Plankommission zu erteilen, rechtzeitig Projektierung benötigten Finanzmittel ihren zuständigen Hauptverwaltungen zur Verfügung zu stellen. Für die Projektierung und in zeitlicher Hinsicht die von dem Minister für Kohle und Energie angegebenen Inbetriebnahme- und der betreffenden Objekte verbindlich.

(2) Der Minister für Schwermaschinenbau, für Allgemeinen Maschinenbau, für Aufbau und für Verkehrswesen haben ihre Betriebe anzuweisen, die Entwürfe zu entwickeln für Objekte, die zum Energieprogramm gehören, vorrangig und kurzfristig zu bearbeiten. Projektierungsaufträge gehören zum Geltungsbereich des Gesetzes vom 21. März 1957 zur Sicherung der Erfüllung der Investitions- und Generatorentwicklungs- der Energiewirtschaft und der Kohlenindustrie.

(3) Der Minister für Kohle und Energie wird beauftragt, den überkommenen Entwurf der vorgesehenen Anordnung zur Änderung der Anordnung über die Vorbereitung und Durchführung des Energieprogramms dem Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr bis zum 5. April 1957 vorzulegen.

XIV.

(1) Die Minister für Kohle und Energie, für Berg- und Hüttenwesen, für Schwermaschinenbau, für Allgemein-

maschinenbau und für Verkehrswesen werden beauftragt zu veranlassen, daß die nach dem Ministerratsschluß vom 21. März 1957 erforderlichen Bestellungen für Montagerüstungen und für Objekte mit langfristiger Fertigung einschließlich der für 1951 vorgesehenen Anordnungen den beteiligten Produktionsbetrieben bis zum 30. Juni 1957 übergeben werden. Der Minister für Kohle und Energie hat die Minister für Leichtindustrie und für Lebensmittelindustrie aufzufordern, in derselben Weise zu verfahren.

(2) Der Minister für Kohle und Energie hat anlässlich der sich aus Absatz 1 ergebende Aufträge für die unter Einschaltung des Kontrollstabes für das Kohleprogramm zu organisieren und zu veranlassen. Der Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr hat über ab 1. Mai 1957 monatlich ein Fortschritts- und Lagebericht vorzulegen.

(3) Der Minister für Kohle und Energie wird beauftragt, mit der Staatlichen Plankommission, dem Minister für Schwermaschinenbau, für Allgemeinen Maschinenbau und für Aufbau sowie mit den jeweiligen Planträgern für die im Beschluß vom 21. März 1957 festgelegten Vorhaben des Kohle- und Energieprogramms die Inbetriebnahmetermine bis zum 30. April 1957 abzustimmen. Für 1958 sind die Inbetriebnahmetermine nach Bedarf für 1959 nach Monaten und für 1960 nach Quartalen angibt festzulegen.

XV.

(1) Der Minister für Kohle und Energie hat seinen Entwurf der Perspektive des Ausbaus der Elektroenergie-wirtschaft im dritten Fünfjahresplan dem Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr bis zum 30. Juni 1957 und nach dessen Vorabzustimmung dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, dem Minister für Schwermaschinenbau, für Allgemeinen Maschinenbau und für Aufbau sowie dem Leiter der Räte für Wasserwirtschaft bis zum 30. September 1957 zur Stellungnahme vorzulegen. Die am Energieprogramm beteiligten Minister, insbesondere die Minister für Berg- und Hüttenwesen und für Chemie-Industrie haben ihre Vorschläge hierzu rechtzeitig dem Minister für Kohle und Energie zu übergeben.

(2) Der Minister für Kohle und Energie hat dem Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr geeignete Maßnahmen für den bis Ende 1953 vorzunehmenden Aufschluß der Salzkohlefelder im mitteldeutschen Raum zur Versorgung der in diesem Raum geplanten Kraftwerkleistung von mindestens 600 MW bis zum 31. Juli 1957 vorzuschlagen.

(3) Gemeinsam mit dem Minister für Chemische Industrie hat der Minister für Kohle und Energie ein Programm der bis Ende 1956 abzuschließenden Untersuchungen über die ökonomische Verwendung von Salzkohle zur Erzeugung von Elektroenergie auszuarbeiten und dem Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr gleichfalls bis zum 31. Juli 1957 vorzulegen. In diesem Programm ist auch die Intensivierung der Versuche zur Sauerstoffdruckvergasung von Salzkohle vorzusehen.

XVI.

(1) Die Minister für Schwermaschinenbau und für Allgemeinen Maschinenbau werden beauftragt, ein Programm für die Einrichtung und den Ausbau von Prüfständen und Prüffeldern in ihren Betrieben aufzustellen, um dadurch zu gewährleisten, daß die für das Energieprogramm zu liefernden Ausrüstungen vor ihrem Einsatz auf ihre Betriebstüchtigkeit einwandfrei geprüft werden können. Dieses Programm ist dem Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr bis zum 30. Juni 1957 vorzulegen.

(1) Der Minister für Aufbau hat dem Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr sein Programm für die dem schnellen Aufbau des Kraftwerkes Lobbenau notwendige umfassende Baumaßnahmen, die bereits für die zum beginnenden Erdarbeiten einsetzen muß, vorgelegt, und zwar für die Mechanisierung 1937 bis zum 1. April 1937, für die Mechanisierung in den folgenden Jahren bis zum 31. Juli 1937.

(2) Die Minister für Schwermaschinenbau, für Allgemeinen Maschinenbau und für Aufbau haben durch Mahnung entsprechende Maßnahmen zu gewährleisten, daß der für das Energieprogramm der DDT einschließliche der Generalreparaturen fällig ersetzende Bedarf an Bauteilkonstruktionen, Rohrleitungen, Transformator, Schaltern, Wandlern, Kabeln, Armaturen, Maß- und Meßgeräten, Bauteile u. d. g. nach Maßgabe der ihnen vom Minister für Kohle und Energie übergebenen Aufstellungen gedeckt werden kann.

(1) Der Minister für Kohle und Energie wird beauftragt, mit dem Minister für Schwermaschinenbau und Allgemeinen Maschinenbau, globale Vereinbarungen über die Lieferung der für das Energieprogramm benötigten Armaturen, Meß- und Meßgeräte, Schrauben und Muttern, Stahl- und Alusile zu treffen, und zwar

für das Jahr 1936 bis zum 30. April 1937,

für das Jahr 1936 bis zum 30. Juni 1937,

für das Jahr 1936 bis zum 31. Dezember 1937.

(2) Die am Energieprogramm beteiligten Minister haben die hierzu notwendigen Unterlagen für die von ihnen unmittelbar in Auftrag zu gebenden Objekte dem Minister für Kohle und Energie jeweils zwei Wochen vor diesen Terminen zu übergeben. Den nicht aus eigener Produktion zu deckenden Bedarf hat der Minister für Allgemeinen Maschinenbau innerhalb von vier Wochen nach diesen Terminen dem Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel anzugeben, um die Beschaffung von Importmaterial in dem entsprechenden Umfang zu erreichen.

XVII.

Die Vereinbarungen, welche der Minister für Berg- und Hüttenwesen mit den Ministern für Kohle und Energie, für Schwermaschinenbau, für Allgemeinen Maschinenbau und für Aufbau über die Lieferung der wichtigsten Materialien aus seinem Produktionsbereich zu treffen hat, sind für das Planjahr 1937 bis zum 31. Mai 1937 und für die folgenden Jahre bis zum 30. September 1937 abzuschließen. Den aus Importen abzudeckenden Bedarf hat der Minister für Berg- und Hüttenwesen dem Minister für Außenhandel und Innerdeutschen Handel bis zum 31. Oktober 1937 anzugeben.

XVIII.

Die Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung zur Sicherung der Erfüllung der Investitions- und Generalreparaturvorhaben der Energiewirtschaft und der Kohlenindustrie hat der Minister für Kohle und Energie noch im Monat März 1937 zu erlassen und vor ihrer Verkündung dem Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr vorzulegen.

XIX.

(1) Der Minister für Kohle und Energie hat die vier zentralen Reparaturabteilungen der Hauptverwaltung Elektroenergie mit je einer Werkstatt und den für die Reparatur an Energiemaschinen notwendigen Ausstattungen auszustatten.

größeren Einheiten und in erhöhtem Umfange anfallen den Reparaturen einwandfrei durchführen können.

(2) Der Minister für Kohle und Energie hat in einer Vereinbarung mit dem Minister für Verkehrswesen zu sichern, daß Transporte von Großobjekten des Energieprogramms vordringlich durchgeführt werden und für Havarietfälle ein schienengebundenes Spezial-Tiefenfahrzeug ständig zur Verfügung gehalten wird.

XX.

(1) Der Minister für Aufbau wird beauftragt, die Herstellung der für die Netzerweiterung und Netzerhaltung benötigten Spannbetonmale und Spannbetonmassen dringlich vornehmen zu lassen. Den genauen Bedarf der Minister für Kohle und Energie dem Bedarfsplan für den Aufbau bis zum 30. Juni 1937 anzugeben.

(2) Der Minister für Schwermaschinenbau hat zu veranlassen, daß das vom VEB Energieversorgung Rostock hergestellte Mehrzweckgerät für den Netzbau in Produktion genommen wird und die ersten Geräte dieser Art im ersten Halbjahr 1936 geliefert werden. Zur Lieferung sollen im ersten Halbjahr 1936 10 Stück, im zweiten Halbjahr 1936 10 Stück zur Verfügung stehen.

XXI.

Die Vereinbarung über die Heranreichung bestimmter Betriebe oder Betriebsteile des Schwermaschinenbaues für Turbinenreparaturen haben der Minister für Kohle und Energie und der Minister für Schwermaschinenbau bis zum 30. April 1937 abzuschließen.

XXII.

(1) Der Minister für Schwermaschinenbau wird beauftragt, eine ausreichende Störreserve für Profilmaterial für Turbinenschaukeln, Schmiedestücke verschiedener Abmessungen, blankgewalztes Stahmaterial und Längsmetall bis zum 30. September 1937 einzurichten.

(2) In einer Vereinbarung zwischen dem Minister für Schwermaschinenbau und dem Minister für Berg- und Hüttenwesen ist anzustreben, auch eine Knappheitsreserve von 100 t Schaufelstahl in geprüfter Qualität als Vormaterial bereitzustellen und zentral zu lagern. Diese Vereinbarung soll bis zum 30. Juni 1937 getroffen werden.

(3) Für Reparaturen an Dampferzeugern in seinem Bereich hat der Minister für Kohle und Energie bis zum Ende des ersten Quartals 1936 eine Störreserve von 200 t Rohmaterial zu schaffen.

XXIII.

(1) Um die vorgewohne Leistungsbegrenzung einführen zu können, sind die Voraussetzungen hierfür durch Bereitstellung der notwendigen Anlagen und Meßeinrichtungen zu schaffen. Der Minister für Kohle und Energie und der Minister für Allgemeinen Maschinenbau haben bis zum 15. Mai 1937 nach Ermittlung des Bedarfs festzustellen, welche Aggregate und Einrichtungen dieser Art in der Deutschen Demokratischen Republik produziert werden können, und welche Arten und Mengen von Meßeinrichtungen zu importieren sind. Zugleich hat der Minister für Kohle und Energie den Import von zunächst zwei kompletten Rundsteueranlagen anzustreben, die im Jahre 1938 eingebaut werden sollen.

(2) Der Bedarf an Empfängern für Rundsteueranlagen, gestaffelt nach Einbaujahren, ist bis zum 30. Juni 1937 zu ermitteln. Nach Vorliegen aller Unterlagen

(3) Der Minister für Kohle und Energie und der Minister für Allgemeinen Maschinenbau haben bis zum 30. Juni 1957 in einer Vereinbarung festzulegen, in welchen Umfang und zu welchen Zeitpunkten Leistungsmaschinen für bestimmte Stromstärken benötigt werden und herzustellen sind.

XXIV

(1) Der Minister für Kohle und Energie wird beauftragt, eine Verfügung vorzubereiten, die das Verfahren der Erteilung der Genehmigung zur Herstellung elektrischer Wärmegeräte regelt, und den Entwurf dieser Verfügung dem Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr bis zum 30. April 1957 vorzulegen.

(2) Der Minister für Kohle und Energie hat ferner eine Beschluß-Vorlage für den Ministerrat über die Einführung differenzierter Stromtarife vorzubereiten und diesen Beschlußentwurf dem Leiter der Kommission für Industrie und Verkehr gleichfalls bis zum 30. April 1957 vorzulegen.

C

Allgemeine Maßnahmen

XXV

(1) Die an der Durchführung des Kohle- und des Energieprogramms beteiligten Minister haben bis zum 10. April 1957 in einer erweiterten Sitzung ihres Kabinetts unter Beteiligung von Vertretern der Zentralverbände der zuständigen Industriegewerkschaften (die sich für die aus diesen Programmen nach Maßgabe des

Ministerratsbeschlusses vom 21. März 1957 und dieser Verfügung ergebenden Aufgaben zu beraten und die danach erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.

(2) Die durch den Beschluß des Ministerrates festgelegte Entwicklung der Kohlenindustrie und der Energiewirtschaft ist in Perspektivplänen der einzelnen Betriebe dieser beiden Industriezweige zu präzisieren. Die Grundlage dafür bilden die vom Ministerium für Kohle und Energie jedem Betriebe zu erstellenden perspektivischen Aufgaben der Industrie für Kohle und Energie. Hat die Perspektivpläne der einzelnen Betriebe bis zum 30. Juni 1957 zu belegen.

(3) Die nach Absatz 1 vorzulegenden Minister haben bis zum 30. April 1957 Vorklärungsarbeiten zu leisten. Außerdem sind in den an den Betrieb zu leistenden hauptsächlich beteiligten betrieblichen Wirtschaftstätigkeiten durchzuführen.

(4) Die Verantwortlichen der beteiligten Betriebe der Kohle- und Energieindustrie werden aufgefordert, solche Werke, die ebenfalls auch in den für die Realisierung der beabsichtigten wichtigsten Betrieben der Kohlenwirtschaft zu realisieren. Dem Staatssekretär für Kohle und Energie wird empfohlen, den Räten der Betriebe hierzu eine zureichende Anleitung zu geben.

Best. d. d. 20. März 1957.

G. Schmidt

Anmerkung:

Der nachmalige Abdruck dieser als Entwurf vor- ausgelegenen Verfügung in den Mitteilungsblättern der Ministerien entfällt.